Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

Meinungsumfragen und Entscheidungsfindung: von der Theorie zur Praxis

SEMINARBERICHT

Der Bedarf nach öffentlicher Meinungsforschung ist in der arabischen Welt von zunehmender Bedeutung. Aufgrund eines Mangels an demokratischer Staatsführung stellt das Erzielen aussagekräftiger und realitätsreflektierender Umfrageresultate in jener Region eine besondere Herausforderung dar. Unter der Leitung des KAS-Büros in Kairo und des Information and Decision Support Center (IDSC) trafen sich internationale Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft und Medien vom 6.-8. Februar zu einer dreitägigen Konferenz im Marriott Hotel, Kairo, um auf neutraler Diskussionsbasis ihre Meinungen kundzutun.

In seinen Begrüßungsworten hieß Dr. Maged Osman, Vorsitzender der IDSC, alle Teilnehmer der Konferenz herzlich willkomen. Er bedankte sich für die Realisierung einer solchen Konferenz und drückte seine Freude über die Vielfalt der Vorträge aus. Dr. Osman betonte, dass er sich der Schwierigkeiten bezüglich repräsentativer Meinungsforschung in Ägypten bewusst sei, und dass Zentren wie das IDSC aufgrund dessen von enormer Wichtigkeit seien. Konstruktive Meinungsforschung sei eine zwingende Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Herr Saher Amari, Direktor des Zentrums für Meinungsforschung, schloss sich den Worten seines Vorredners an. Auch er betonte die Bedeutsamkeit freier Meinungsäußerung, insbesondere in einer Zeit, in der Ägypten sich in einer Situation politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unklarheiten befände. Aufgrund dessen freue er sich besonders, dass es seinem Zentrum möglich war, einen hohen Status inmitten zahlreicher Mitstreiter zu erlangen.

Die Plenarsitzung wurde von Moustafa El Fekky eröffnet. Er beschrieb die Präsenz funktionsfähiger Zentren für Meinungsforschung als unbedingte Voraussetzung für demokratische Prozesse. Jeder habe die Pflicht, so Herr El Fekky, öffentliche Meinungen zu akzeptieren. Anschließend gab er Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Professor für Kommunikationswissenschaften, das Wort. Auch er unterstrich die Wichtigkeit öffentlicher Meinungsumfragen als Basis für eine demokratische Staatsführung. In seinem Vortrag analysierte Dr. Donsbach unter anderem Ursachen, die zu politischen Veränderungen geführt haben. Neben Fernsehen und Rundfunk, zwei technische Errungenschaften, durch die Politik popularisiert und personalisiert wurde, hätten auch öffentliche Meinungsumfragen einen Wandel bezüglich politischen Verhaltens mit sich gebracht. Erst durch öffentliche Meinungsforschung sei es möglich geworden, die Bedürfnisse der Bevölkerung in Erfahrung zu bringen. Dies, so Dr. Donsbach, sei das wichtigste Element einer funktionierenden Demokratie. Nur wenn die Meinungen der Bevölkerung öffentlich gemacht würden, könnten politische Entscheidungsfindungen beeinflusst werden. Man sollte sich allerdings auch die Frage stellen, inwiefern Meinungsumfragen die Standpunkte der Öffentlichkeit wahrhaftig widerspiegeln. Wird tatsächlich die Meinung der Gesamtbevölkerung wiedergegeben oder lediglich die ratio-

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

nalen Anschauungen einer geringen Anzahl an Experten? Eine klare Antwort auf diese Problemstellung zu finden, sei mit Schwierigkeiten verbunden, da es keine unwiderrufliche Definition des Begriffs „öffentliche Meinung“ gäbe. So würde jener Terminus einerseits als „Meinung der Bevölkerungsmehrheit“ dargelegt, andererseits jedoch auch als „Meinung der intellektuellen Elite“ sowie als „sämtliche Meinungen, die die Öffentlichkeit beeinflussen“ definiert. Es sei unbedingt notwendig, zu einer einheitlichen Definition zu gelangen. Des Weiteren wies Dr. Donsbach auf einige Schwierigkeiten hin, der sich die Meinungsforschung stellen müsse. Obwohl die Einstellungen zu Meinungsumfragen in den USA und Europa generell positiv seien, so sei trotzdem ein Partizipationsrückgang zu beobachten. Als mögliche Ursache erwähnte der Kommunikationswissenschaftler negative Erfahrungen der Befragten, wie z.B. unprofessionelle Telefonumfragen, die von der Mehrheit als Belästigung empfunden werden. Aufgrund jener amateurhaften Umfragen sei die Bevölkerung oftmals nicht in der Lage, zwischen professionellen politischen Umfragen und dilettantischen Marketingbefragungen zu unterscheiden. Dr. Donsbach wies darauf hin, dass die richtige Anwendung von Meinungsumfragen eine heikle Angelegenheit sei. Es sei vor allem wichtig, das richtige Maß zu finden. Würden zu viele Umfrage durchgeführt, so Dr. Donsbach, erwecke dies den Anschein, dass Politiker keine selbständigen Entscheidungen mehr treffen, mache man zu wenige, so gäbe dies Anlass zu der Vermutung, dass die Politiker nicht ausreichend in Kontakt mit der Bevölkerung stünden, um deren Meinung vertreten. Darüber hinaus beschrieb der Universitätsdozent verschiedene Fehlertypen, die eine repräsentative Analyse von Meinungsumfragen unmöglich machen. Ungenaue Resultate würden beispielsweise aufgrund unzureichenden Fachwissens, eines Mangels an Genauigkeit, sowie übermäßiger Beeinflussung der Befragten seitens der Meinungsforscher erzielt. Um derartige Fehler zu vermeiden sei ein erstklassiges Training der Meinungsforscher oberstes Gebot.

Prof. Dr. Hussein Amin, Professor für Journalismus, eröffnete die erste Sitzung des Tages. Er begrüßte Frau Yasamin Sarraf Miller und Herrn Erik Tisbet, die gemeinsam die Ergebnisse ihres Forschungsprojektes bezüglich der Wahrnehmung von Islam in den Vereinigten Staaten vortrugen. Ihren Umfragen nach seien negative Einstellungen der islamischen Religion gegenüber seit Anfang 2006 stetig gewachsen. Trotz aller Ablehnung gaben 59% der Befragten Ägypten als beliebtestes islamisches Land an. Der Iran dagegen ist mit 12% das unbeliebteste islamische Land, eng gefolgt von Palästina und Irak. Des Weiteren hätten ihre Untersuchungen ergeben, so Herr Tisbet, dass viele der Befragten Muslime als gewaltbereit und fanatisch stereotypisieren. Ein hoher Prozentsatz der Umfrageteilnehmer gab an, Islam gewalttätiger als andere Religionen zu empfinden. Sie fühlten sich vom „islamischen Fundamentalismus“ bedroht. Das Forscherteam betonte, dass jene Klischeevorstellungen sich vorwiegend auf die islamische Religion im Allgemeinen bezögen, und weniger auf muslimische Individuen. Ferner sei zu bemerken, dass die öffentliche Meinung bezüglich des Islams verschiedensten Einflüssen ausgesetzt sei, wie unter anderem gewissen politischen Ideologien, den Medien im Allgemeinen sowie manchen christlichen Strömungen, die auf einer unüberbrückbaren Verschiedenheit von Christentum und Islam beharren. Um jenen Einflussnahmen entgegenwirken zu können, sei eine vermehrte Interaktion zwischen den verschiedenen religiösen Institutionen unabdingbar.

Frau Nelly Kamal El Amirs Vortrag setzte die erste Sitzungsrunde fort. Auch ihre Ausarbeitung beschäftigte sich mit dem Einfluss von Meinungsforschungszentren auf die öffentliche Meinung. Sie betonte, dass es zu den Hauptaufgaben jener Zentren zähle, Brücken zwischen der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern zu bilden. Frau El Amir erklärte, dass ägyptische Forschungszentren im internationalen Vergleich im mittleren Bereich einzuordnen seien. Sie befänden sich zwischen den hohen Standards westlicher Staaten und weniger ausgereiften Umfragesystemen wie sie beispielsweise in China anzutreffen seien. Während der Westen im Allgemeinen viel Raum für Meinungsforschung ließe, so sei

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

die Möglichkeit zur öffentlichen Meinungsäußerung in demokratielosen Staaten wie China nahezu nicht existent. Öffentliche Meinungsumfragen seien jedoch unbedingt notwendig, um Stereotypisierungen abbauen zu können. Ihre eigenen Forschungen am Zentrum für Asia-Studien an der Kairo Universität, so Frau El Amir, würden diese Annahme bestätigen. In einer Studie untersuchte sie die Klischeevorstellungen einer Gruppe Studenten bezüglich Malaysias.

Die Auswertung der Umfrage machte es möglich, sich der falschen Überzeugungen jener Studenten bewusst zu werden und somit Klischeedenken mit eigentlichen Fakten auszutauschen. Auch die Wissenschaftlerin Frau Dr. Ahlam Farhoud bereicherte die Sitzungsrunde mit interessanten Erkenntnissen. In einer umfangreichen Studie untersuchte sie die Einstellungen ägyptischer Studenten zu den USA nach dem 11.September. Ziel ihrer Forschung war es, darzustellen, wie der amerikanische „Andere“ vor und nach dem 11.September wahrgenommen wurde. Zu Beginn der Umfrage wurden die Teilnehmer gebeten, die Dinge aufzuzählen, die sie ad hoc mit amerikanischen Bürgern assoziieren würden. Zu den meistgenannten Antworten zählten: die gewaltsame Übernahme des Iraks, allgemeiner Hass gegen Araber, sowie zahlreiche weitere Eindrücke von Hegemonie. Die Studie ergab, dass sich die Mehrheit der aufgezählten Attribute weniger auf amerikanische Individuen bezog als auf das politische Regime im Allgemeinen. Handelte es sich um individuelle Personenbeschreibungen, so wurden meist weitaus positivere Adjektive gewählt wie z.B. organisiert, zivilisiert und gebildet. Frau Farhoud stellte fest, dass die Ereignisse vom 11.September zu einem beachtlichen Imagewandels der Vereinigten Staaten in den Augen vieler Ägypter beigetragen hätten. Der „American dream“ sei bedeutend weniger weit verbreitet; die USA würden nicht mehr als Synonym für internationale Diplomatie angesehen, stellten keine Oase für Demokratie und Freiheit mehr da. Des Weiteren erläuterte sie, dass die meisten arabischen Staaten die Demokratisierungsversuche der Vereinigten Staaten rigoros ablehnen würden, obwohl der Wunsch nach einer demokratischen Staatsführung generell vorhanden sei. Jegliche Versuche der USA dies zu erreichen, würde jedoch als oberflächlich und lediglich auf den subjektiven Vorteil Amerikas bedacht angesehen.

Frau Dr. Magda Abdel Baky legte in ihrem Vortrag ihre Erkenntnisse bezüglich der Qualität der Führungspersönlichkeiten in Assiut dar. Anlässlich des Wechsels der politischen Führungskräfte in der Provinz machte die Wissenschaftlerin es sich zur Aufgabe zu untersuchen, inwiefern das neue Regime bei den Bürgern auf Zustimmung stößt. Laut ihrer Umfrage zählen Arbeitslosigkeit, ein Mangel an qualitativer Schulbildung sowie der stete Anstieg der Preise zu den prominentesten Problemen der Provinzbewohner. Die Mehrheit der Befragten gab an, dass die Regierenden sich jener Probleme nicht intensiv genug annehmen. Die Bewohner fühlten sich vernachlässigt und machtlos angesichts der Vielfalt der Missstände. Des Weiteren ergab Dr. Bakys Forschungsarbeit, dass dem Großteil des Gouvernorats Assiuts das Fernsehen als Hauptinformationsquelle dient. Das läge unter anderem daran, dass die Distribution von Tageszeitungen in die Dörfer logistische Schwierigkeiten bereite. Die Mehrheit der Befragten gab jedoch an, dass sie den direkten Austausch mit den Entscheidungsträgern bevorzugen würden, dies allerdings zum Zeitpunkt der Umfrage nicht der Fall sei. Das läge zum Teil auch daran, dass die Autoritäten nicht von der Bevölkerung direkt gewählt, sondern unabhängig von den Wünschen der Einwohner ernannt würden. Schlussfolgernd bemerkte Dr. Baky, dass sie das Einrichten eines Zentrums für Meinungsforschung im Gourvernorat Assiut für unabdingbar hielte. Nur so könne man einen Überblick über die Bedürfnisse der Einwohner erhalten, und Missständen entgegenwirken.

Abschließend nahm der Moderator Herr Jawad El Hammad das Wort an sich. Er bedankte sich bei den Sprechern für ihre Vorträge, kritisierte jedoch gleichzeitig den Mangel an greifbaren Resultaten. Jeder der Redner habe Lösungsvorschläge dargeboten, konstruktive Ergebnisse seien jedoch nicht zu erkennen. Darüber hinaus ging er auf das schwierige, von Klischees beladene, Verhältnis zwischen den USA und der arabi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

schen Welt ein. In seinen Augen sei die Tatsache, dass die Vielzahl akademischer Bücher über den Nahen Osten nicht von Arabern bzw. Muslims selbst verfasst seien, sondern überwiegend von nichtmuslimischen Experten. Aus diesem Grund seien viele Schriften nicht frei von Vorurteilen und litten an einem Mangel an Neutralität. Nur zwei Prozent jener Fachliteratur sei vorurteils- und parteilos.

Zeitgleich fand in einem weiteren Konferenzsaal eine parallele Vortragsreihe statt. Der Vorsitzende Prof. Dr. Hussein Abdel Aziz, Professor der Statistik-Abteilung an der Kairo Universität, eröffnete die erste Sitzung, die sich dem technischen Aspekt von Meinungsumfragen widmete. Nachdem er die Moderatorin Dr. Sahar El Tawila vorgestellt hatte, öffnete er das Podium für die Redner.

Der erste Redner, Prof. Dr. Tharwat Ishak, Professor an der Ain Shams Universität in Kairo, arbeitet bereits seit 30 Jahren im Bereich der Meinungsforschung. Im Rahmen seines Vortrags analysierte er die allgemeinen Probleme von Fragebögen und deren Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der Ergebnisse. Dabei sprach er zunächst über die Überprüfung der Fragebögen einer Meinungsumfrage zur Osloer Friedenskonferenz und deren Ergebnissen durch niederländische Meinungsforschungsexperten. Hier wurden viele Missstände in der Befragung, sowohl in der Organisation des Fragebogens als auch in der Ergebnisanalyse aufgezeigt. Ein Problem war, dass nur ägyptische „Intellektuelle“ befragt wurden. Intellektuell war in diesem Fall jeder, der einen PhD-Titel besitzt. Das sei insofern problematisch, da ein solcher Titel nicht automatisch heißt, dass sich die entsprechenden Personen auch für diese Konferenz interessieren bzw. überhaupt darüber informiert sind. Des Weiteren überwögen bei kritischen politischen Fragen Zweifel unter den Befragten über glaubwürdigen Antworten, was zu verfälschten Ergebnissen führe. Ein weiteres Problem, das Herr Ishak sieht ist die Diskrepanz zwischen denjenigen, die die Fragebögen entwerfen und denjenigen, die die Befragungen letztendlich durchführen. Erstere seien demnach schon emotional involviert, d.h. sie betrachten die Fragebögen anders als die Feldforscher. Der Hauptgrund sei, dass die Fragebogenersteller die Befragten nicht in ihrem sozialen Kontext analysieren, sondern nur in Dimensionen von Prozentsätzen und Raten dächten. Aufgrund des mangelhaften Austauschs beider Gruppen kommt es kaum zu den nötigen Verbesserungen. Ein weiteres Problem ist, dass sich die Ersteller von Fragebögen natürlicher Weise schon im Ausarbeitungsprozess Vorstellungen über die erwarteten Ergebnisse machten. Falls die Umfrageauswerter letzten Endes andere Ergebnisse erhielten, müssten diese die nötige Courage besitzen, diese den ursprünglichen Annahmen widersprechenden Resultate ungeschönt zu präsentieren. Ein grundlegendes Hindernis sei die hohe Analphabetenrate, besonders unter Frauen (ca. 50%). Zusammen mit einer geschlechtsdiskriminierenden Sprache in den Fragebögen – zum Beispiel, dass der Bogen vom Familienoberhaupt, sprich dem Mann auszufüllen sei - führe diese dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung (Frauen, Analphabeten) bei Meinungsumfragen nicht repräsentiert wird.

Besondere Hürden stellen plötzliche eintretende Ereignisse, die Gegenstand einer Meinungsumfrage seien sollen wie zum Beispiel Naturkatastrophen oder Kriegsausbrüche, dar. Hier treten aus Zeitmangel häufig vermeidbare Fehler auf, die die Ergebnisse beeinflussen. Um dies zu vermeiden, wären bessere standardisierte Vorlagen vonnöten.

Abschließend bemerkt Herr Ishak, dass durch gut geschultes Personal auf allen Ebenen der Meinungsforschung viele Fehlerquellen ausgeschaltet werden könnten, weshalb dies der erste Anknüpfungspunkt für alle Meinungsforschungsinstitute sein sollte. Irfan Khan analysierte in seinem Vortrag am Beispiel der indischen Parlamentswahlen im Jahr 2004 die Faktoren „Stichprobengrößen“ und „Stichprobentechniken“ in kulturell diversifizierten Gesellschaften. In Indien war es angesichts demotivierter Meinungsforschungsinstitute das Fernsehen, das im Vorfeld der Wahlen öffentliche Meinungsforschung betrieb. Der erste Kanal führte mit zeitlichem Abstand zwei Umfragen unter einer kaum repräsentativen Per-

sonenzahl von 180.000 durch. Das Geschlechterverhältnis gestaltete sich zu Ungunsten der Frauen, denn auf 1000 Männer kamen nur 933 Frauen. Interessanterweise war die trotz der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl geringe Stichprobengröße hinsichtlich der Anzahl der Analphabeten repräsentativ (37,7%). Herr Khan erforschte die folgenden zwei Fehlerquellen auf der methodologischen Ebene: nicht vorhandene bzw. inakkurate Wählerlisten und die mangelhafte Übersetzung englischer Vorlagen in die indischen Dialekte. Auf der Ebene der Antwortenden war die größte Fehlerquelle, dass ein Großteil schon durch intensive mediale Berichterstattung vor der Umfrage beeinflusst war.

Mahmoud Al-Kasabi untersuchte in seinem Referat die Verzerrung von Umfrageergebnissen, die durch den Ausschluss von Haushalten ohne Festnetztelefonanschluss von Telefonumfragen resultiert. Im Jahr 2005 besäßen lediglich 53% der ägyptischen Haushalte einen Festnetzanschluss. Der Besitz eines solchen Anschlusses ist stark korreliert mit der Familiengröße, dem Familieneinkommen, der Wohngegend, und dem Bildungsstand des Familienoberhaupts. Um die Ungleichheit bzw. die Benachteiligung von Haushalten, die nicht über einen Festnetzanschluss verfügen, auszutarieren, seien jedoch spezifische mathematische Methoden entwickelt worden. Dazu müssten jedoch zusätzliche Variablen erfragt werden und zudem verschiedene ökonomische und soziale Einteilungen getroffen werden, deren Definition oft schwer fiele.

Zum Abschluss stellte Herr Al-Kasabi die viel versprechenderen Möglichkeiten der Befragung durch Kurznachrichten, also SMS und MMS, da heutzutage definitiv mehr Ägypter über ein Mobiltelefon verfügten als über einen Festnetzanschluss und per Mobiltelefone zusätzlich mehr Individuen erreicht würden (während ein Festnetzanschluss zumeist eine ganze Familie repräsentiert).

Dr. Rasha A. Abdalla referierte zu dem Thema, welche Verfahren der Stichprobenentnahme mit speziellem Blick auf Ägypten funktionieren und welche nicht. Eine Stichprobe definierte sie dabei zunächst als den Auswahlprozess einer kleinen Einheit, die für eine Fragestellung von Interesse und geeignet ist, eine gesamte Bevölkerung zu repräsentieren. Hier eröffne sich eine erste Falle der Generalisierung, denn häufig wird als Bevölkerung die gesamte Bevölkerung eines Landes verstanden, während es für die Ergebnisevaluierung sinnvoller wäre, nur die von der speziellen Frage betroffene Bevölkerungsgruppe zur Basis zu nehmen. Der Selektionsprozess müsse sich also unbedingt an der Fragestellung ausrichten. Dies Auswahl erfordere jedoch eine umfangreiche Datenbasis, anhand derer von der Fragestellung potenziell Betroffene ausgewählt werden können. Frau Abdalla betonte nachdrücklich, dass diese Datenbasis in Ägypten derzeit bei weitem nicht gegeben sei, weshalb der grundlegende Fokus aller Aktivitäten auf die Generierung der Daten gelegt werden sollte.

Um trotzdem einigermaßen repräsentative Umfrageergebnisse zu erhalten, sollten Meinungsforschungsinstitute nach Meinung von Frau Abdalla gut strukturierte Quotenproben zu entnehmen, bis die entsprechende Datenstruktur gegeben ist um Zufallsproben zu ermöglichen.

Die Moderatorin Dr. Sahar El Tawila begrüßte die Offenheit und die Kritik, die die Redner in ihren Vorträgen an den Tag legten. Sie sieht als ersten Schritt auf dem Weg zu akkuraten, repräsentativen Umfrageergebnissen die klare Zieldefinierung und unmissverständliche Fragestellungen von Seiten der Fragebogenersteller. Zudem sollten die praktischen Erfahrungen der Befragenden vor Ort in die Erstellung dieser Formulare einfließen. Es sei unabdingbar auf allen Ebenen die Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens einzuhalten. Frau El Tawila kritisierte die allgemeine Voreingenommenheit der Meinungsforscher, die dazu führe, dass Umfragergebnisse im Sinne der vorher gemachten Erwartungen interpretiert würden und forderte zu mehr Offenheit bezüglich der Resultate auf.

Unerlässlich ist zudem die Unterrichtung der Bevölkerung über den Sinn und die Wichtigkeit von Meinungsforschung um demgegenüber ein positives Klima zu schaffen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

Den letzten Vortrag des Tages hielt Herr Dr. Thomas Peterson, zukünftiger Präsident der World Association of Public Opinion Research (WAPOR). Er betonte die Wichtigkeit der Kooperation zwischen Politikern und Meinungsforschern. Nur so sei eine funktionierende Demokratie möglich. Dr. Peterson bemerkte, dass viele Politiker davon überzeugt seien, die Bedürfnisse der Bevölkerung genau zu kennen und Meinungsumfragen demnach für überflüssig hielten. Dies sei natürlich nicht der Fall, weshalb jeder Politiker zur konstruktiven Zusammenarbeit mit Meinungsforschern verpflichtet sei. Doch auch Meinungsforscher trügen Verantwortung: es sei an ihnen, ihre Ergebnisse so zu präsentieren, dass sie von Nutzen für die Politik seien. Politiker seien oft dazu gezwungen, rasche Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund sei es die Aufgabe der Meinungsforscher, den Politikern die korrekten Prozentsätze schnellst möglichst, verständlich und vor allem akkurat, zugänglich zu machen.

Herr Prof. Donald Shaw, Professor für Journalistik, war der Vorsitzende der zweiten Sitzung der Konferenz, die am nächsten Tag in Saal 1 stattfand. Er begrüßte die Konferenzteilnehmer und stellte in Kürze die Sprecher und den Inhalt ihrer Vorträge vor.

Der erste Vortrag der zweiten Sitzungsrunde wurde von Herrn Mohammad Abd El-Wahab El– Fakih gehalten. Herr Fakih informierte die Zuhörer über Meinungsumfragen während politischer Wahlen im Jemen. Vor den letzten Präsidentschaftswahlen wurden zahlreiche Meinungsumfragen zum Ausgang der Wahlen sowohl von Zentren für Meinungsforschung als auch von mehreren Zeitungen durchgeführt. Aufgrund eines Mangels an Professionalität endete dies jedoch im Chaos und bot keine authentischen Ergebnisse. Um repräsentative Resultate erzielen zu können, richtete die Universität Sana'a ein Zentrum für Volksabstimmung ein. Zahlreiche Professoren erhielten professionelles Training, um realitätsreflektierende Umfragen ausführen zu können. Die Umfragen wurden in Form von Fragebögen durchgeführt, die an 5000 Teilnehmer in 21 Gouvernoraten verteilt wurden. Anschließend wurden die ausgefüllten Formulare von einer Gruppe Spezialisten analysiert und ausgewertet. Wie bereits mehrere seiner Vorredner, betonte auch Herr El-Fakih die Bedeutsamkeit professionell gestalteter Meinungsforschung. Aus diesem Grund sei es die Pflicht eines jeden Landes, unparteiische und neutrale Zentren für Meinungsforschung einzurichten. Um authentische Ergebnisse zu erzielen, sei es überaus wichtig, den Vertretern aller sozialer Schichten die Teilnahme an Meinungsumfragen zu ermöglichen.

Herr Prof. Richard Rose setzte sich in seinem Vortrag mit der Frage auseinander, ob es den Bürgern ehemals kommunistischer Staaten schwerer fiele, ihren Meinungen öffentlich Ausdruck zu verleihen. Verbleiben sie in einer zögerlichen Haltung bezüglich persönlicher Meinungen, oder wird jene Vorsicht parallel mit dem Ende des politischen Regimes abgelegt? Um Antworten auf diese Antworten zu finden, wandte der Universitätsprofessor eine bestimmte Umfragetechnik an. Er schickte seine Interviewer unangemeldet zu ausgewählten Haushalten um zahlreiche, belanglose Fragen zu stellen. Zuallerletzt wurden die befragten Personen gebeten, auszusagen, ob sich die Menschen heutzutage fürchteten, persönliche Ansichten öffentlich zu vertreten. Die Auswertung der Umfrage ergab, dass zwei Drittel der Befragten angaben, ihre Standpunkte in der Öffentlichkeit zu vertreten, dies jedoch mit einer gewissen Vorsicht täten. Interessanterweise, so Prof. Rose, hätten die Bürger der ehemaligen Sowjetunion die geringsten Problem, ihre Anschauungen publik zu machen, obwohl es sich hierbei um einen Staat handle, der den größten Wandel durchlebt habe. Dies stünde in starkem Kontrast zu Ungarn, ein Land, das erheblich geringeren Veränderungen ausgesetzt gewesen sei, die Menschen persönliche Meinungen jedoch wesentlich zögerlicher zum Ausdruck brächten. Prof. Roses Forschungen ergaben, dass die Bereitschaft zur freien Meinungsäußerung zu einem großen Teil von Ausbildung, Einkommen und sozialem Hintergrund abhängt. Je gebildeter und ökonomisch privilegierter die Umfrageteilnehmer waren, desto unbefangener publizierten sie persönliches Gedankengut. Auch das Alter war ein entscheidender Faktor: je jünger die Be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

fragten, desto geringer ihr Zögern. Prof. Rose erläuterte, dass dies höchstwahrscheinlich damit zusammenhänge, dass Erinnerungen an die Grausamkeit ehemals unterdrückender Regierungssysteme weniger ausgeprägt bzw. nicht vorhanden seien. Abschließend bemerkte der Wissenschaftler, dass die Bürger postkommunistischer Staaten keine geringere Bereitschaft zur öffentlichen Meinungsäußerung zeigten, als die Bevölkerung des anglo-amerikanischen Raums. Trotz ehemaliger Beeinflussung durch sozialistische Indoktrinierung, so Prof. Rose, legten die Bürger postkommunistischer Nationen ein stark ausgeprägtes Selbstbewusstsein an den Tag.

Frau Gloria Khamkars Vortrag gab in Kürze den Status von Meinungsumfragen in Indien wieder. Die Präsenz unabhängiger Medien, so Frau Khamkar, habe sich in den vergangenen Jahren enorm verstärkt. Meinungsumfragen seien zur Norm geworden; jede politische Partei führe Umfragen, um die Standpunkte der Öffentlichkeit einschätzen zu können. Daher sei es alarmierend, dass sich die Ergebnisse so gut wie aller Untersuchungen, die von den Medien bezüglich der Wahlen in 2006 durchgeführt wurden, als falsch erwiesen. Dies läge zum einen daran, erklärte Frau Khamkar, dass freie Meinungsäußerung in Indien noch kein Ding der Selbstverständlichkeit sei. Viele Bürger fürchteten sich ihre Standpunkte publik zu machen. Zum anderen läge die Ungenauigkeit der Resultate an einem akuten Mangel qualifizierter Fachkräfte. Viele der Meinungsforscher hätten keine ausreichende Ausbildung und befänden sich daher nicht in der Lage, repräsentative Umfragen durchzuführen.

Auch Herr Dr. U.V. Somayajulu äußerte sich zur Umfragenforschung in Indien. Als Repräsentant von TNS India, eines der führenden internationalen Zentren für Demoskopie, war es ihm ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass auch in Indien qualitativ hochwertige Meinungsforschung existiere.

Qualitative Umfrageresultate, so Dr. Somayajulu, stellten nicht nur bloße Information dar, sondern böten aufschlussreiche Eindrücke zur untersuchten Thematik. Um dieses Informationsniveau zu erzielen, seien hochmoderne, professionelle Techniken und Vorgehensweisen erforderlich.

Voraussetzung dazu sei die bestmöglichste Ausbildung der Interviewer. Um qualifiziertes Personal ausfindig zu machen, stelle TNS Indien höchste Ansprüche an die Mitarbeiter seiner Personalabteilung. Darüber hinaus informiere TNS sich fortwährend über die neuesten Interviews- und Umfragetechniken, um seinen Kunden die repräsentative Resultate liefern zu können. Die professionellen Vorgehensweisen zahlten sich aus: TNS wurde mehrmals für seinen hohen Qualitätswert ausgezeichnet.

Abschließend nahm Herr Dr. Moataz A. Fattah, Moderator der zweiten Sitzung, das Wort an sich. Er unterstrich die Meinung der Vorredner, indem auch er die Wichtigkeit professioneller Zentren für Meinungsforschung betonte. Gäbe es diese nicht, so hätte dies einen Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung zur Folge. Würden zu viele ungenaue Umfragen durchgeführt, so minimiere dies die Teilnahmebereitschaft der Öffentlichkeit.

Parallel dazu fand in Konferenzsaal 2 eine weitere Vortragsrunde statt. Die Vorsitzende Prof. Dr. Sahar El Tawila, außerordentliche Professorin der Statistik-Abteilung an der Kairo Universität, eröffnete die erste Sitzung dieser Runde, die sich verschiedenen Techniken zur Ausführung von Meinungsumfragen widmete. Nachdem sie die Moderatorin Prof. Dr. Fatma El Zanati vorgestellt hatte, öffnete sie das Podium für die Redner.

Als erster Redner referierte Hossam Hamdi, ein Vertreter der „Good News 4 Me Company“, zu dem Thema der Bestrebungen und Ergebnisse von verschieden Meinungsumfragemethoden. Um diese Vielfalt vorzustellen, gab er zunächst einen kurzen Abriss der Geschichte der internationalen Meinungsforschung. Anschließend trennte er Meinungsumfragen grundsätzlich nach ihre Fragestellung in solche mit speziellem Interessenbezug und solche mit generellem Inhalt. Herr Hamdi ging anschließend auf die drei unterschiedlichen Möglichkeiten der Stichproben-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

entnahme ein: dem Zufallsprinzip, dem Gebietsfaktor und dem der Quotenprobe. Anschließend zeigte er methodenspezifische Fehlerquellen auf. Allen gemein sei, dass oft Inkonsistenz zwischen dem Forschungsgegenstand und der ausgewählten Gruppe besteht. Der Befragende selbst könne die Qualität und Quantität der Antworten nicht beeinflussen, hier sei der Fragebogenersteller gefragt. Letzten Endes könnten aber alle am Umfrageprozess Beteiligten nichts gegen falsche Antworten tun. Hier sei es notwendig, die Bevölkerung von der Wichtigkeit von (Meinungs-)Umfragen zu überzeugen und ihnen direkte Vorteile aufzuzeigen.

Zum Abschluss stellte Herr Hamdi neue Techniken vor, die den Umfrageprozess erleichtern und verbilligen, insgesamt also effizienter machen sollen, wie SMS und MMS per Mobiltelefon. Auch Bluetooth-Techniken sollten verstärkt eingesetzt werden um die Datenübertragung zu erleichtern. Zeinab Ramadan Shafai analysierte in ihrem Vortrag, wie die öffentliche Meinung insgesamt gemessen werden sollte. Das Thema einleitend bemerkte sie, dass Meinungsumfragen ein Gradmesser für das demokratische Klima eines Staates bzw. einer Gesellschaft sei. Der Grad, in dem die Umfrageergebnisse letztendlich in den politischen Entscheidungsprozess einfließen, sei ein Indikator dafür, wie demokratiefreundlich das Regime eingestellt ist. Die Messung der öffentlichen Meinung dient dem Herausfinden gesellschaftlicher Werte und der Antizipation gesellschaftlicher Tendenzen.

Dem stünden allerdings zahlreiche methodologische Hindernisse entgegen, wie schon allein die Art der Stichprobenauswahl oder die Art der Fragestellung, die so objektiv wie möglich sein sollte. Hier nannte die Rednerin auch die Nutzung von Mehrfachauswahlantworten, die ihrer Meinung nach beeinflussend wirkten. Den Meinungsforschern schlug sie vor, die Fragebogengröße so stark wie möglich zu begrenzen, die Fragen möglichst akkurat zu formulieren. Die Massenmedien sollten die Ergebnisse der größten Umfragen präsentieren, um das Bewusst unter der Bevölkerung zu schaffen, dass die Ergebnisse solcher Befragungen von Bedeutung sind.

Hisham Beshir lieferte in seinem Vortrag eine theoretische Analyse von Meinungsumfragen. Dazu bemerkte er zunächst, dass die Benutzung des Begriffs „öffentliche Meinung“ in den letzten Jahren einen inflationären Anstieg unter Forschern und Autoren erfahren habe. Meinungsumfragen seien zum Gradmesser für Demokratie, sowohl des politischen Systems als auch der Gesellschaft selbst geworden. Das theoretische Fundament dieser These ist, dass in demokratischen Staaten aufgrund staatlich geschützter Freiheitsrechte des Individuums die Antwortquote von Meinungsumfragen und die Glaubhaftigkeit der Antworten höher seien. Dennoch seien die Ergebnisse von Umfragen verschiedentlich interpretierbar, was sich daran zeige, dass jeder Wissenschaftler, je nach seinem akademischen Hintergrund, unterschiedliche Schlüsse aus solchen Resultaten zieht. Zudem messe jeder Mensch der Glaubwürdigkeit von Meinungsumfragen ein unterschiedliches Maß an Vertrauen bei.

Nach diesen einleitenden Worten gab Herr Beshir einen kurzen Abriss der Geschichte der Meinungsforschungsindustrie in den USA. Obwohl sich in diesem Land nahezu alle Methoden zur Planung, Durchführung und Interpretation von Meinungsumfragen entwickelt haben, lieferten solche Umfragen in den USA dennoch häufig falsche Ergebnisse, besonders was Wahlen betrifft. Diese Erfahrung relativiere die Bedeutung die Meinungsumfragen beigemessen wird leicht. Angesichts der schon in einer hoch entwickelten Demokratie wie den USA auftretenden Fehlerquellen, wies Herr Beshir abschließend auf die Probleme der Entwicklungsländer wie Analphabetismus und schlechte Ausbildung der Meinungsforscher hin.

Mohamed Khalili Hussein stellte die beiden computergestützten Programme CATI (Computer Assisted Telephone Interviewing) und CAWI (Computer Assisted Web Interviewing) vor. Einleitend verwies er auf die Vorteile von Interviews, die von Angesicht zu Angesicht stattfinden, resümierte jedoch, dass diese hohe Kosten verursachten und daher der Modifizierung bedürften. Die Antwort auf dieses Kostenprobleme sei-

nen die Systeme CATI und CAWI, die es ermöglichen, dass Antworten direkt elektronisch gespeichert und auf ihre Logik überprüft werden, wodurch eine höhere Komplexität der Fragen erlaubt werde. Mögliche Antwortscheu aufgrund mangelnden persönlichen Kontakts trete seiner Meinung nach nicht auf, da der Befragte nicht bemerke, ob ein Computer benutzt werde oder nicht. Aufgrund der rasant anwachsenden Zahl von Haushalten mit Internetanschluss, kamen in den letzten Jahren verstärkt Internetumfragen auf, besonders in Online-Zeitschriften, deren Ergebnisse auch meist direkt veröffentlicht werden. Die Antwortquote dieser Befragungen sei deshalb sehr hoch, weil es ein äußerst bequemes Medium sei. Allerdings seien diese Umfragen nicht wirklich repräsentativ mit Blick auf die vertretene Alterstruktur, da das Internet überwiegend von jüngeren Menschen genutzt werde.

Zwar fielen Kosten für die Anschaffung des jeweiligen Systems, deren Installation und die Ausbildung der Bedienenden an, diese lägen jedoch weit unter den langfristigen Kosten von persönlicher Fragebogenerhebung und wurden daher vom Referenten ausdrücklich empfohlen. Unbedingter Wert sei auf die Sicherheit der Daten, die von den Befragten übermittelt werden zu legen, um die Anonymität der Rezipienten zu gewährleisten.

In der anschließenden Diskussion stellte Prof. Dr. Fatma El Zanaty kritisch fest, dass sich die Reden, mit Ausnahme der letzten, stark ähnelten. Sie hätte sich eine tiefgründigere Analyse bei gleichzeitiger Praxisnähe gewünscht. Sie bemängelte, dass die Empfehlungen zu allgemein und oberflächlich gehalten wurden.

Unter der Leitung von Herr Prof. Richard Rose fand die dritte Seminarssitzung in Saal 1 statt. Der erste Vortrag wurde von Frau Dr. Rasha Allam gehalten. In ihrer Ausarbeitung betonte die ägyptische Wissenschaftlerin die Notwendigkeit einer Medienreform in Ägypten. Eine demokratische Staatsführung benötige Nachrichten- und Kulturprogramme, die zur öffentlichen Diskussion anregen und die Gesellschaft mit nützlichen Informationen versorgt. Je zugänglicher Informationen seien, desto mehr würden die Menschen dazu angeregt, sich an Diskussionen zu beteiligen und sich eigene Meinungen zu bilden. Momentan sei dies bedauerlicherweise nicht der Fall, da Medien jeglicher Art höchst politisiert seien. Des Weiteren würden öffentliche Meinungen nicht selten von politischen Führungskräften instrumentalisiert, was ein großes Hindernis für eine funktionierende Demokratie darstelle. Daher sei neutrale, nicht voreingenommene Berichterstattung Vorrausetzung für konstruktive Veränderungen in der ägyptischen Gesellschaft.

Frau Sodfah Mohamed Mahmoud und Frau Nagwan Farouk Shiha hielten den zweiten Vortrag der Sitzung. Sie analysierten die Frage, zu welchem Ausmaß Meinungsumfragen eine politische Rolle spielen. Zu einem gewissen Maß, so die Wissenschaftlerinnen, sei Meinungsforschung definitiv von politischer Bedeutung. Es sei jedoch schwierig, repräsentative Umfragen durchzuführen. Dies läge nicht nur an der Einstellung der ägyptischen Bevölkerung, sondern auch oftmals an der mangelhaften Durchführung der Umfragen. Es sei daher überaus wichtig, ausreichende finanzielle Unterstützung von der Regierung zu erhalten.

Auch der algerische Akademiker Herr Dr. Mourad Moulaj-Haj nahm am Dialog zur Meinungsforschung in der arabischen Welt statt. Er stimmte seinen Vorrednerinnen zu und betonte erneut die Wichtigkeit finanzieller Unterstützung der arabischen Regierungen. Öffentliche Meinungsumfragen seien äußerst wichtig im politischen Umfeld. Nur durch ordnungsgemäß durchgeführte Umfragen könne eine funktionierende Demokratie erzielt werden. Des Weitern könnten Umfragen, die vor politischen Wahlen durchgeführt würden, ein ungefähres Bild bezüglich des Wahlausgangs bieten, so dass die betreffenden Parteien ihr Wahlprogramm anpassen und verändern könnten. Auch im Wirtschaftsektor sei Meinungsforschung von Bedeutung, so Dr. Moulaj-Haj. Durch Umfragen könnten Konzerne herausfinden, ob ihre Produkte Anklang finden oder nicht. Abschließend schlug der Forscher vor, ein „Arab barometer“ einzuführ-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

ren. Genau wie im europäischen Raum würde eine derartige Einrichtung auch in der arabischen Welt von Nutzen sein und sollte daher unterstützt werden.

Nachdem Frau Prof. Dr. Ragia Kandil, Dozentin für Journalismus an der Kairo Universität, und Herr Dr. Gamal Soltan vom Al-Ahram Institut für Politische und Strategische Studien die dritte Sitzungsrunde eingeleitet hatten, nahm Herr Ahmed El-Astal das Wort an sich. Er bereicherte die Konferenz mit einem Vortrag über den aktuellen Stand der Meinungsforschung in den Vereinigten Emiraten. Herr El-Astal wies darauf hin, dass die Durchführung von Umfragen in den VAE mit besonderen Problemen konfrontiert werde. Es sei schwierig, Ergebnisse zu erzielen, die lediglich die Meinungen emiratischer Staatsbürger repräsentieren, da sich die Bevölkerung der Emirate aus einer Vielzahl von Nationalitäten zusammensetze. Der Prozentsatz der Einwohner emiratische Ursprungs beschränke sich auf lediglich 20%. Daher bedürfe die Meinungsforschung in heterogenen Staaten speziell ausgerichteter Umfragetechniken. Neben der ethnischen Vielfalt der Region stießen Meinungsforscher jedoch noch auf weitere Schwierigkeiten, so Herr El-Astal. Häufig zögerten die Befragten, ihre Standpunkte wahrheitsgemäß darzulegen, da sie eventuelle Reaktionen der politischen Führungskräfte fürchten. Auch Forscher hätten mit dem Mangel an freier Meinungsäußerung zu kämpfen. Oftmals sei es ihnen unmöglich, Fragebögen auszuteilen und zu bewerten, da diese strikten Sicherheitsbestimmungen unterlägen. Im Großen und Ganzen sei das Niveau der Meinungsforschung in den Emiraten mangelhaft. Dies sei nicht verwunderlich für einen Staat, dem öffentliche Referenden fremd sind und in dem 91% der Bevölkerung nie an öffentlichen Umfragen teilgenommen hat. Das läge unter anderem daran, dass die Bevölkerung sich von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert fühle und daher keinen Sinn in Meinungsumfragen sähe. Um dem entgegenzuwirken, müsse sich zu allererst die Einstellung der politischen Machthaber gegenüber der Bevölkerung ändern.

Ansprüche und Kritik der Bürger müssten berücksichtigt werden und das Recht zur freien Meinungsäußerung gewährleistet sein.

Herr Dr. Ibrahim Maged El-Romayi, ein Experte aus Bahrain, schloss sich den Worten seines Vorredners an. Er bemerkte, dass der Staat Bahrain sich mit ähnlichen Problemen auseinandersetzen müsse wie die Vereinigten Emirate. Um trotz jener Probleme repräsentative Umfragen durchführen zu können, sei das Bahrain Zentrum für Öffentliche Meinungsforschung gegründet worden. Eines der Hauptanliegen des Zentrums sei es, die Öffentlichkeit das Interesse der politischen Entscheidungsträger und anderer Institutionen spüren zu lassen. Daher mache das Zentrum es sich zur Aufgabe, möglichst zahlreiche Gebiete durch Umfragen abzudecken, d.h. sowohl soziale, politische, als auch wirtschaftliche. Dr. El-Romayi erklärte, dass permanent an der Fortbildung der Mitarbeiter gearbeitet werde, um das hohe Niveau des Zentrums aufrechtzuerhalten. Dies geschähe unter anderem durch professionelle Unterstützung von Experten aus den USA. Der Wissenschaftler betonte, dass sowohl die qualitativen als auch quantitativen Umfragemethoden auf dem neuesten internationalen Stand seien. Da das Internet eines der am weitest verbreiteten Medien sei, böte das Zentrum auch Umfragen an, an denen im Internet teilgenommen werden kann. Auch persönliche Interviews würden durchgeführt, so Dr. El-Romayi, was den Interviewern ermögliche, die unmittelbaren Reaktionen der Befragten festzuhalten. Doch trotz hoch entwickelter Techniken und Methoden stelle die öffentliche Meinungsforschung in Bahrain eine Herausforderung dar, was der sozial-politischen Situation zugrunde liegt. Die Menschen seien es nicht gewöhnt, persönliche Standpunkte zu veröffentlichen und hätten deshalb kein großes Interesse an Meinungsumfragen.

Konstruktive Kooperation zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung sei ihnen fremd. Bevor sich derartige gesellschaftliche Denkweisen und Verhaltensmuster nicht änderten, sei es unmöglich, authentische Meinungsforschung zu betreiben, ganz gleich wie fortschrittlich die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

Methoden, beendete Dr. El-Romayi seinen Vortrag.

Der palästinensische Experte Herr Dr. Talaat Abdel Hamid Eisa setzte die Vortragsrunde fort. Auch in Palästina sei die Durchführung von Meinungsumfragen eine heikle Angelegenheit. Die größten Probleme würden durch folgende Umstände verursacht:

• die israelische Besetzung (durch die Teilung der West Bank in verschiedene Gebiete sei es so gut wie unmöglich, alle Einwohner in Meinungsumfragen mit einzubeziehen)

• die meisten Zentren seien nicht auf dem neuesten Stand und somit nicht mit den erforderlichen Techniken und Methoden vertraut

• Mangel an finanzieller Unterstützung

• viele Umfragen würden lediglich zum eigenen Nutzen einiger (politischer) Organisationen durchgeführt und nicht, um der Öffentlichkeit zu dienen

• viele der Partizipanten seien nicht informiert genug über soziale bzw. politische Vorgänge und daher oftmals nicht in der Lage, Fragen zu beantworten, die ein gewisses Maß an Grundwissen voraussetzen

Doch nicht nur die sozial-politische Situation trägt zur mangelhaften Umfragenforschung in Palästina bei, sondern auch die Art der Durchführung an sich. Dr. Eisa betonte, dass dies sowohl an unerfahrenen Interviewern als auch an schlecht formulierten Fragebögen läge. Als weiteren Grund nannte er die Tatsache, dass viele der Umfragen von EU- bzw. US-Staaten finanziert würden und somit nicht neutral bzw. unparteiisch seien.

Im Irak sähe es nicht besser auch, erklärte Herr Dr. Haitham Hadi. Der irakische Wissenschaftler bedauerte den Mangel an professioneller Meinungsforschung, was zweifelsohne auf die desolate politische Situation zurückzuführen sei. Diese habe den Staat sowohl demographisch als auch sozialpolitisch gänzlich verändert. Durch interne Migration habe sich die Bevölkerungsstruktur von Grund auf gewandelt, so dass bisher registrierte demographische Fakten keinen repräsentativen Wert mehr hätten. Dies mache demoskopische Studien nahezu unmöglich. Des Weiteren seien irakische Bürger äußerst zögerlich, Interviewfragen zu beantworten, da hinter den Fragen sogleich Bespitzelungsversuche durch den Staat vermutet würden. Aus diesem Grund gäbe die Mehrheit der Befragten lediglich Antworten, die ihrer Meinung nach den Überzeugungen der Meinungsforscher entsprechen. Somit würden jegliche Umfrageergebnisse verfälscht. Darüber hinaus erschwere die patriarchalische Struktur des Landes das Befragen des weiblichen Bevölkerungsanteils enorm. Häufig machten Frauen andere Angaben in der Anwesenheit männlicher Verwandter. Nachdem die Wissenschaftler ihre Vorträge beendet hatten, nahm Herr Ahmed Lotfi, Geschäftsführer der IDSC, das Wort an sich. In Kürze beschrieb er die Ziele sowie Philosophie seiner Organisation. Er betonte, dass Meinungsumfragen eine nützliche Methode seien, zu den verschiedenen Bevölkerungssegmenten vorzudringen. Dies sei besonders in Ägypten von Nutzen, einem Land mit mehr als 17 Millionen Einwohnern, geprägt von immenser sozialer Diskrepanz. Herr Lotfi unterstrich das Anliegen der IDSC, die Antworten der Befragten unverfälscht wiederzugeben. IDSC sei auch um Kooperationen mit anderen Zentren für Meinungsforschung bemüht, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. UNDP und GlobScam seien zwei der internationalen Organisationen, mit denen bereits erfolgreiche Zusammenarbeit stattgefunden hätte.

In der darauf folgenden Diskussion meldeten sich einige Stimmen aus dem Publikum zu Wort. Eine Zuhörerin bemerkte, dass besonders Telefonumfragen in Ägypten verbessert werden müssten. Da Telefonbelästigungen ein Problem für die Bevölkerung darstelle, würden telefonische Meinungsumfragen selten ernst genommen, sondern als aufdringlich und störend empfunden.

Außerdem könne man so – wenn überhaupt – nur einen bestimmten Teil der Öffentlichkeit erreichen, da der Besitz eines Telefons in Ägypten keine Selbstverständlichkeit sei. Hier müsse sich sowohl die Einstellung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

Bevölkerung ändern sowie die Techniken der Meinungsforscher. Ein weiterer Zuhörer stimmte zu und betonte erneut die Notwendigkeit gut ausgebildeter Meinungsforscher.

Darauf schloss sich eine Podiumsdiskussion an, die von Herrn Makram Mohammed Ahmed eingeleitet wurde. Er wies wiederkehrend auf die Dringlichkeit objektiver Meinungsforschung hin. Politische Debatten seien ohne den Einfluss der öffentlichen Meinung nicht konstruktiv. Ein anderer Sprecher stimmte ihm zu und betonte, dass gerade in Ägypten große Unstimmigkeiten zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit herrschten. Professionelle Meinungsforschung könne als Vermittler zwischen beiden agieren. Ein weiterer Publikumsgast meldete sich zu Wort und bemerkte, dass das Volk der Hauptentscheidungsträger sein sollte und nicht die Regierung. Niemand habe das Recht, die Meinungen des Volkes zu generalisieren. Für Ägypten sei es an der Zeit, alte Denkweisen abzulegen und sich eine neue, unabhängigere Mentalität anzueignen.

Die Plenarsitzung des dritten und somit letzen Veranstaltungstages wurde eröffnet durch Ayman Al Kafas, dem Vorsitzenden des staatlichen ägyptischen Informationsdienstes. Er machte ein paar einleitende Bemerkungen zur Relation zwischen der öffentlichen Meinung und dem politischen Entscheidungsfindungsprozess und übergab dann das Wort an Prof. Dr. Lee Becker. Dr. Becker, Direktor des Zentrums für internationales Training und Forschung in Massenkommunikation, leitete seine Rede mit dem heutigen Ringen um Verständnis für die Gründe der USA, im Irak zu intervenieren, ein. Spätestens aus heutiger Sicht sind die damals hervorgebrachten Rechtfertigungen kaum nachvollziehbar.

Becker analysierte die öffentliche Meinung in den USA als einen der tragenden Faktoren für die Durchführung des Irak-Krieges. Um die Evolution der Missgunst der US-Amerikaner gegenüber dem Irak nachzuzeichnen, lieferte Prof. Becker die Ergebnisse von Meinungsumfragen verschiedenster amerikanischer Meinungsforschungsinstitute seit der Machtübernahme Saddam Husseins im Jahr 1979. Diese zeigen zunächst, dass die amerikanische Öffentlichkeit die Person Husseins untrennbar mit dem Staat Irak verbindet, beide Instanzen demnach undifferenziert bewertet. Der Irak wurde in einer Umfrage von 1990 als unbeliebtestes Land und Saddam Hussein in einer Umfrage von 1994 das unbeliebteste Oberhaupt eingestuft, selbst Fidel Castro wurde deutlich freundlicher bewertet als er. Im Jahr 1998 waren 96% aller US-Amerikaner dem irakischen Präsidenten gegenüber äußerst negativ eingestellt. Vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen im Irak im März 2003 befand sich der Irak in der missgünstigsten Position seit dem 2. Golfkrieg 1991, gleichzeitig war die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber einer militärischen Invasion im Irak am positivsten.

Prof. Becker sieht in der überwältigenden öffentlichen Ablehnung des Irak und seines Präsidenten Hussein den Grund, dass Präsident Bush die amerikanische Öffentlichkeit –mit einem objektiven Blick auf die Faktenlage- relativ leicht für den Krieg im Irak mobilisieren konnte. Die breite Befürwortung einer amerikanischen Intervention wiederum, hat über Ungenauigkeiten der Kriegsmotive hinwegsehen lassen.

Auch nach fast 3 Jahren militärischer Präsenz der USA im Irak, ist die Mehrheit der Amerikaner (60%) überzeugt, dass der Krieg insgesamt seine Mühe wert war. Im Kontrast dazu geben im gleichen Zeitraum (Dezember 2006) aber auch 53% an, der Irakkrieg sei ein Fehler gewesen.

Herr Becker beschloss seinen Vortrag mit der Erkenntnis, dass die öffentliche Meinung im Fall des Irak-Krieges ein integraler Bestandteil des politischen Entscheidungsprozesses war, gleichzeitig aber auch der Instrumentalisierung unterlag.

Anschließend leiteten Frau Prof. Eatimad Khalaf, Professorin für Massenkommunikation, und der Psychologe Herr Prof. Dr. Kadry Hefny die vierte Sitzungsrunde ein. Als ersten Sprecher begrüßten sie Herrn Dr. Donald Shaw, der die Unterschiede zwischen vertikalen und horizontalen Medien beschrieb. Als vertikale Medien, so Dr. Shaw,

bezeichne man Tageszeitungen und Lokalfernsehen, während horizontale Medien Zeitschriften, Internet, Email, sowie Mobiltelefone umfassen. Der Wissenschaftler erklärte, dass die Verwendung vertikaler Medien eine absteigende Tendenz zeige und zusehends von horizontalen Medien ersetzt werde. Dies sei nicht verwunderlich, da schnelle, zielführende Kommunikation, sowohl zwischen Individuen als auch zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit im Allgemeinen, von zunehmender Wichtigkeit sei. Dieser Wandel würde einerseits Informationen jeglicher Art zugänglicher machen, vereinfache jedoch auch die Zirkulation verfälschter Tatsachen.

Auch Herr Dr. Reza Nahkaie trug Wesentliches zur Vortragsreihe bei. In seiner Ausarbeitung wies er darauf hin, wie gefährlich es sei, Meinungsumfragen durchzuführen, wenn man nicht wisse, wie man sie auszuwerten habe. Er gab den Konferenzteilnehmern interessante Einblicke in seine Studie, in der er untersuchte, ob wirtschaftliches sowie soziales Kapital in Kanada je nach ethnischer Abstammung variiere. Die Forschung sei in Form von Computer unterstützten Telefoninterviews durchgeführt worden und habe sich über ein ganzes Jahr erstreckt. Dr. Nahkaie betonte, dass ein stabiles soziales Netzwerk besonders für Menschen sichtbar ausländischer Abstammung von großem Nutzen sei. Verfüge man als Ausländer bzw. ethnische Minderheit über Kontakte zu kanadischen Mitbürgern, so sei es um Einiges leichter, einen Arbeitsplatz zu finden. Der Wissenschaftler ging sogar so weit zu behaupten, dass es wichtiger sei, wen man kenne als was man könne. Soziales Kapital umschließe:

- auf Vertrauen basierende Beziehungen
- Mitgliedschaften in Klubs und Verbänden
- ethnische Netzwerke
- aktive Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft
- intakte Familienkontakte

Abschließend legte Dr. Nakhaie die Schlussfolgerungen seiner Forschungsarbeit dar. Seine Studie habe ergeben, dass soziales Kapital eine Voraussetzung zum Erlangen anderer Ressourcen, wie unter anderem ökonomischen Kapitals, sei. Dies träfe vor allem auf Einwanderer und ethnische Minderheiten zu. Ausreichend soziales Kapital sei vor allem für die Angehörigen jener Gruppen von großer Bedeutung, um wirtschaftliche Integration erzielen zu können.

Der algerische Wissenschaftler Herr Mostafa Medjahdi trug mit einer Forschungsumfrage bezüglich der Situation von Frauen in Algerien zur Konferenz bei. Auch er betonte, dass es von äußerster Wichtigkeit sei, bei wissenschaftlichen Studien die korrekten Methoden anzuwenden, da man sonst verfälschte Ergebnisse erhielte. Er habe seine Umfrage in Form von Fragebögen durchgeführt und 13755 Frauen ab sechzehn Jahren 170 Fragen gestellt. 19% der Befragten hätten einen akademischen Ausbildungsgrad. Herr Medjahdis Studie belegte, dass lediglich 14.6% des weiblichen Bevölkerungsanteils einer entlohnten Beschäftigung nachgehe. Dies läge unter anderem an der sozialen Marginalisierung der Frauen, was partiell auf die patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen des Landes zurückzuführen sei. Ein Bereich der Studie beschäftigte sich mit der Frage, ob der studierende Teil der Frauen ihr Studium für eine Arbeitsstelle aufgeben würde, oder beides parallel betreiben würde. Mehr als 15% sagten aus, dass sie ihr Studium fortsetzen würden, mehr als 40% würden versuchen, sowohl zu studieren als auch zu arbeiten, und nur 10% gaben an, dass sie ihr Studium für eine Stelle abbrechen würden. Die Tatsache, dass lediglich 14,6% der Frauen arbeiten würden, so Herr Medjahdi, stünde in krassem Gegensatz zu dem Wunsch von mehr als der Hälfte der Befragten, nach dem Studium arbeiten zu wollen. Lediglich 0,6% besagten, nach dem Studium zu Hause bleiben zu wollen. Darüber hinaus wollte der Wissenschaftler von seinen Informanten wissen, ob Männern oder Frauen Priorität bezüglich freier Arbeitsplätze gegeben werden sollte. Ein relativer großer Prozentsatz von 30% sagte aus, dass Männern der Vorrang gegeben werden sollte, die Mehrheit entschied

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

sich jedoch für Geschlechtergleichheit. Herr Medjahdi beendete seinen Vortrag, indem er hervorhob, dass die Integration von Frauen in die Arbeitswelt von enormer Wichtigkeit sei. Nur so könnte ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung sowie damit verbundenen sozialen Problemen entgegengewirkt werden.

Auch Frau Dr. Manal Abd El-Aal trug mit ihrer Meinungsumfrage über den Einfluss von Computerspielen auf Kinder und Jugendliche Wesentliches zur Tagung bei. Ihrer Meinung nach seien Computerspiele ein Resultat kultureller Globalisierung. Kulturelle Globalisierungsprozesses äußerten sich darin, so Dr. Abd El-Aal, dass Kulturen in andere Kulturen eindringen und kulturelle Elemente einführen und hinterlassen, die nicht immer den intrinsischen Strukturen des Rezeptorlandes entsprechen. Im Idealfall sollte sich kulturelle Globalisierung durch offene Dialoge zwischen den Ländern auszeichnen, doch in den meisten Fällen würde die dominantere Kultur „gewinnen“. Die Wissenschaftlerin erklärte, dass es sowohl vertikale als auch horizontale Globalisierung gäbe. Als vertikal bezeichne man die Weitergabe kultureller Bestandteile von „starken“ zu „schwächeren“ Staaten. Bei horizontale Globalisierung handle es sich um den Austausch von Kulturgütern zwischen ökonomisch ebenbürtigen Ländern. Oftmals werde der Ausdruck „Globalisierung“ durch „Amerikanisierung“ ersetzt, da die amerikanische Kultur die prominenteste in der Welt sei. Sie bemerkte, dass wirtschaftlich stabile Staaten diesen Einflüssen gewachsen seien und sich gegebenenfalls widersetzen würden. Frankreich verpflichte seine Fernsehsender beispielsweise, mehr als 60% der Sendezeit französische Filme zu zeigen. Dominante Kulturen würden sich instabileren Gesellschaften besonders durch folgende Methoden aufzwängen:

• Fernsehen: dies könne zu Identitätsproblemen führen, da Kinder und Jugendliche mit Dingen konfrontiert würden, die nicht ihrem realen Umfeld entsprächen. Dies könnte kulturelle Entfremdung verursachen.

• Internet: dies diene einerseits als wichtige Informationsquelle, berge andererseits jedoch auch Gefahren. Kinder und Jugendliche könnten ungeeignete Spiele herunterladen sowie ungeeigneten Informationen sexueller Natur ausgesetzt sein, die den Werten ihres eigenen Landes widersprächen.

• Computerspiele: auch die Inhalte gewisser Videospiele widersprächen oftmals den Werten des Rezeptorlandes. Außerdem könnte exzessives Spielen zur Abhängigkeit führen, da es die Jugendlichen in irreale, realitätsfremde Welten entführe und sie so den Bezug zur Wirklichkeit verlieren ließe. Auch werde häufig Gewalt verharmlost, was die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen vergrößere.

Die Wissenschaftlerin bemerkte abschließend, dass es von großer Wichtigkeit sei, Meinungsumfragen für Kinder und Jugendliche durchzuführen. Wolle man wissen, wie Kinder wirklich denken und fühlen, so müsse man sie auch direkt befragen. Der Meinung von Kindern und Jugendlichen müsse größere Bedeutung geschenkt werden.

Auch am letzen Konferenztag fand in Saal 2 eine Parallelsitzung statt. Prof. Dr. Salwa El Amri vom staatlichen Zentrum für soziale und kriminologische Forschung eröffnete die vierte Sitzung mit einer kurzen Evaluierung der vergangenen beiden Konferenztage. Ihrer Meinung nach sei es die größte Errungenschaft, dass es mittels der Konferenz erstmals möglich wurde, verschiedenste Organisationen und Experten aus dem Bereich der Meinungsforschung in Ägypten zusammenzuführen. Damit sei der Weg für einen zukünftigen gemeinsamen Austausch und Kooperation geebnet worden.

Nach einer kurzen Vorstellung des Moderators gab Frau Amri das Podium für die Redner frei, die sich zum Thema „Innovativer Nutzung von Daten und Ergebnissen von Meinungsumfragen“ äußern sollten.

Herr Madeeh el Gedawy referierte zur Möglichkeit, per Meinungsumfragen gewonnene Daten durch die Erstellung von Profilen innovativ nutzbar zu machen. Dabei hatte er seinen Blick auf den riesigen Datenmengen, die heutzutage in Unternehmen, Forschungsprojekten, Verwaltungen oder im Internet entstehen Nur hier sei eine Profil-

erstellung sinnvoll, da, um logische Profile zu generieren, aus mathematischen Gründen eine breite Datenbasis gegeben sein muss. Herr el Gedawy sprach hier von mehr als 1 Million Datensätzen. Zur Erstellung der Profile wird ein so genanntes „data mining" durchgeführt, dessen Ziel es ist, Regeln und Mustern bzw. statistischen Auffälligkeiten aufzuspüren. So ließen sich z. B. Änderungen im Verhalten von Kunden oder Kundengruppen aufspüren und Geschäftsstrategien können dementsprechend ausgerichtet werden. Auch in der Politik ergäben sich Möglichkeiten zur Erkennung von Tendenzen in der Bevölkerung, besonders was Wählerschaften betrifft. Der Referent stellte die verschiedenen Varianten der Durchführung von „data mining" vor und erklärte den technischen Ablauf des Prozesses. Herr el Gedawy begrüßte abschließend die bereits gemachten Fortschritte in der Anwendung von „data mining", betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit, dies noch zu vertiefen.

Herr R. Kumar stellte in seinem Vortrag ein innovatives Verfahren vor, wie die Überlagerung von Wählervorstellungen mit Parteiprogrammen analysiert und dargestellt werden kann. Es zielt darauf ab, die Zugehörigkeit von tatsächlichen und potenziellen Wählern zu politischen Parteien zu analysieren. Das besondere an der Methode ist, dass sie eigentlich aus der Marktforschung zu Fast Moving Consuming Goods (FMCGs), zu Deutsch Schnelldreher, also Produkte des täglichen Bedarfs, die eine hohe Rotationszahl im Warenregal besitzen, stammt. Bei dem zugrunde liegenden Modell handelt es sich um ein kontextanalysierendes Modell, das, angewendet auf den politischen Bereich, den Wähler in den unterschiedlichsten Zusammenhängen untersucht. Der Fokus liegt dabei nicht auf den Antworten selbst, die die Befragten geben, sondern auf der Erforschung der Gründe und Faktoren die zu den gegebenen Antworten geführt haben. Besonderes Augenmerk liegt auf der Einschätzung der Gesamtsituation des Einzelnen, also etwa dessen Einschätzung seines Lebensstandards oder sein Vertrauen in die Zukunft.

Herr Kumar stellte eindrucksvoll visualisiert dar, wie Modelle aus bestimmten Bereichen der Meinungsforschung in anderen Bereichen adaptiert werden können und wie sinnvoll daher der Austausch unterschiedlicher Institute ist.

Herr Dr. Mansour El-Ganady, Universitätsprofessor, gab einen interessanten Einblick in die Besonderheiten der ägyptischen Gesellschaft und was sie im Bereich der Meinungsforschung von anderen Nationalitäten unterscheidet. Herr El-Ganady bezog sich dabei auf den neuesten Roper Report. Er stellte fest, dass Ägypter zwar liebend gern reden, auf konkrete Fragen jedoch unspezifisch antworten. Zudem zeigt der internationale Vergleich, dass Ägypter dazu neigen, übertriebene Antworten zu geben. Diese nicht der Realität entsprechenden Antworten verfälschen die Umfrageergebnisse und machen gesamte Umfrage damit wertlos. Herr El-Ganady präsentierte zwei oberflächliche Erklärungen, worauf die inkorrekten Antworten beruhen könnten. Da sei zunächst die Angst, sich durch Nichtwissen eine Blöße geben zu müssen. Des Weiteren seien Ägypter sehr nervös, wenn ihnen persönliche Fragen gestellt werden. Für Herrn El-Ganady sind dies jedoch nur die Verhaltensformen, deren Ursachen weit tiefer liegen. So führt der herrschende Demokratiemangel bei Ägyptern direkt zu Zweifeln an der Echtheit des Interesses, wenn ihnen persönliche Fragen gestellt werden, da sie es gewöhnt sind, dass Dinge einfach über ihr Köpfe hinweg entschieden werden. In diesem Zusammenhang gibt es auch einen Mangel an Freiheit, was bei den meisten Ägyptern zur Ausprägung einer zweifachen Identität führt, d.h. mit einem Gesicht das man der Öffentlichkeit zeigt und einem privaten. Dies wiederum resultiert in sich widersprechenden Werten, welche die Authentizität der Antworten beeinträchtigt. Als letzten Erklärungspunkt führte Herr El-Ganady an, dass das Maß an Emotionalität, mit dem Ägypter die Beantwortung mit Fragen angehen und das sich antiproportional zur Bildung verhält, die Antworten verfälscht, weil es den Befragten suggeriert, sie müssten die Antwort wissen obwohl sie rational gesehen gar nicht dazu in der Lage seien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

Als Abschluss seines Vortrages präsentierte Herr El-Ganady einige Empfehlungen. Seiner Meinung nach seien Demokratie und Respekt vor dem Individuum die Basis für verwertbare Umfrageergebnisse. Das Bildungssystem sollte die Kinder und Jugendlichen zu nachfragenden und kritischen Erwachsenen erziehen. In Ergänzung dazu müssen Meinungsforscher besser in der Interpretation von Umfrageergebnissen trainieren. Zudem verdient die Meinungsforschungsindustrie mehr Respekt, sollte gleichzeitig aber auch stärker reguliert werden, damit Schwarze Schafe in der Branche ausgeschaltet werden können.

Ein Vertreter der ägyptischen Rundfunk- und Fernsehunion, Egyptian Radio and Television Union ERTU stellte die internen Untersuchungen des eigenen Publikums vor. Im Jahr 1998 begann die ERTU mit der Erforschung der Rezipienten ihrer Rundfunk- und Fernsehprogramme. Dabei ginge es zunächst um die Ermittlung der Höhe der Einschaltquoten für die verschiedenen Formate und darauf basierend um die Analyse der Motive, Gewohnheiten und Geschmäcker des Auditoriums. Dies diene der Modifikation der Programme, um den Zuhörer respektive Zuschauer bestmöglich zufrieden stellen zu können.

Zu diesem Zwecke werden die Mitarbeiter der ERTU sowohl hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen und methodischen Arbeit als auch ihrer Computerkenntnisse kontinuierlich geschult. Kooperierende Einrichtungen sind dafür die Fakultät für Medienwissenschaften der Amerikanischen Universität Kairo und das IDSC.

Der Vertreter machte klar deutlich, dass für eine Einrichtung wie die ERTU, Kenntnisse über die Präferenzen des Publikums unabdingbar und Meinungsumfragen hinsichtlich der Programme daher ein integraler Bestandteil ihrer Arbeit sind.

Ein Vertreter des Innenministeriums referierte über die Anforderungen die zur Bildung einer Meinungsforschungseinheit innerhalb des Ministeriums geführt haben und beschrieb knapp die Arbeit dieser Einheit. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass die demokratischen Fortschritte des Landes die Einrichtung dieser Einheit erforderlich machten und unterstrich, dass es vor allem Themen mit sicherheitspolitischen Auswirkungen seien, die von ihr zu untersuchen wären. Die Einheit soll Spannungen innerhalb der Bevölkerung aufzeigen und darauf basierend der Regierung Möglichkeiten aufzeigen, wie der politische Entscheidungsprozess verbessert werden könne. Gleichzeitig bekannte er aber auch, dass allein die Bildung dieser Institution nicht bedeute, dass diese auch effektiv arbeiten könne. Hier gab er einen Mangel an Wissen und Erfahrung zu und wies darauf hin, dass er bei der Konferenz anwesend sei um vom dem dortigen Expertenwissen zu profitieren.

Herr Prof. Dr. Michel Bonneu, Direktor der französischen Sektion der Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaft an der Universität Kairo, betonte zusammenfassend die Notwendigkeit der Genauigkeit bei gleichzeitiger Unkompliziertheit der Fragen, die in Meinungsumfragen gestellt werden.

Zudem sollten die so gewonnen Daten grafisch aufgearbeitet werden, um sie dem Publikum ansprechend zu vermitteln. In diesem Zusammenhang fragte er die Redner nach deren verwendeter Software.

Die gemeinsame Sitzung des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung (Public Opinion Poll Center, POPC) zum Thema Automatisierungssystem wurde eröffnet vom Vorsitzenden Herr Dr. Mohamed Salem, dem Repräsentanten des ägyptischen Ministeriums für Kommunikation und Informationstechnologie. Nach einer kurzen Einleitung, in der er die Dynamik der Meinungsforschungsindustrie und die daraus resultierenden Herausforderung thematisierte, übergab er das Wort an den Redner.

Der Diplomingenieur Herr Bassem Mattar stellte in seinem Vortrag das elektronische Umfrageverwaltungssystem (Electronic Poll Management System, EPMS) vor, bei dem es sich um ein komplett automatisiertes Arbeitssystem, das vom POPC entwickelt wurde, handelt. Auf diese Weise sprach er die Themen Effizienz und Management an. Das Grundprinzip der Effizienz von Meinungsum-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ÄGYPTEN
ASTRID HAHNEBECK/
TINA LIEBER

Februar 2007

www.kas.de/ägypten
www.kas.de

fragen sei Folgendes: bei kleinstmöglichen Kosten muss das quantitative und qualitative Maximum an Antworten erreicht werden.

Mit Blick auf Kosteneinsparung verwies Herr Mattar auf die automatisierten Systeme CATI (Computer Assisted Telephone Interview) und CAWI (Computer Assisted Web Interview), die von stetig wachsender Bedeutung für die Meinungsforschungsinstitute sind, sprach aber gleichzeitig auch die mit ihnen verbundenen Probleme an. So sei zum Bespiel die Anwendung von CATI speziell in Ägypten nur minder erfolgreich, weil Ägypter(-innen) den persönlichen Kontakt bevorzugen und anonymen Befragungen gegenüber skeptisch und folglich in der Regel ablehnend gegenüberstehen. CAWI habe aufgrund steigender Zahlen von Internet-Nutzern ein großes Potential, allerdings sei die Repräsentativität zumeist fraglich, da der Großteil dieser Nutzer sehr jung sei und einen gewissen Lebensstandard besäße.

Herr Mattar betonte nachdrücklich die grundlegende Bedeutung der Datenbank, deren Aktualität und Korrektheit für jede Form von Meinungsforschung relevant, und die Basis für authentische Umfrageergebnisse sei.. In diesem Zusammenhang sei die Zusammenarbeit mit anderen Meinungsforschungseinrichtungen besonders wichtig, damit sowohl ein Austausch als auch ein Abgleich von Daten möglich wird.

Anschließend bedankte sich Dr. Lange im Rahmen der offiziellen Schlusszeremonie der Konferenz zunächst bei den Organisatoren, namentlich dem IDSC und den Rednern. Anschließend fasste er die Ergebnisse der Konferenz zusammen. Für ihn sei in allen Sitzungen deutlich geworden, dass Meinungsforschung multidimensional sei und zum einen eine anspruchsvolle technisch-mathematische und zum anderen eine politisch-soziale Seite habe. Er erkannte Meinungsumfragen, genauer deren Umfang und Qualität, als einen Indikator für Demokratie an, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass besonders in westeuropäischen Ländern die Mehrheit der Bevölkerung Meinungsumfragen überdrüssig ist. Dennoch seien Meinungsumfragen ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und daher sei es unabdingbar, den Menschen das Gefühl zu geben, dass ihre Stimme auch Gehör findet. Nur so ließen sich authentische, repräsentative Antworten generieren.

Nichtsdestotrotz betont Herr Lange ausdrücklich, dass Meinungsumfragen hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts mit Vorsicht zu genießen seien, denn wie der Name schon suggeriert, handelt es sich bei Meinungsforschung um die Suche nach einer Meinung, nicht der Wahrheit und nur weil eine Meinung von einer Mehrheit als wahr anerkannt wird, müsse dies nicht die tatsächliche sein.

Magued Osman betonte in seiner Schlussrede die aktuellen Herausforderungen für die Meinungsforschung. Um dem Anspruch gerecht zu werden, den politischen Entscheidungsträgern die authentische öffentliche Meinung näher zu bringen und letztere schlussendlich Teil des politischen Entscheidungsprozesses werden zu lassen, müssten Meinungsforschungsinstitute unabhängig sein.

Herr Osman wertete die Konferenz abschließend als einen Meilenstein auf dem Weg zu einer qualitativ hochwertigen Meinungsforschungsindustrie in Ägypten. Besonderen Dank ließ er Herrn Lange zuteil werden, dessen langjähriges Engagement deutliche Eindrücke beim IDSC hinterlassen hat. Abschließend bedankte er sich im Namen des IDSC bei den Sponsoren, namentlich der Konrad-Adenauer-Stiftung, Orascom Telecom, NilSat und Bridgestone.